

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspresse: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk.

Verlagsdruckerei: Ring 8837. — Telegr.-Adresse: Zeit-Verlag.

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 1,00 Mk.

Politische Uebersicht.

Revolution in Norwegen?

„Dags Telegraph“ meldet aus Christiania: In einzelnen Teilen Norwegens ist die bolschewistische Revolution offen zum Ausbruch gekommen.

Italien vor der Revolution?

Die Unruhe in Italien hat nicht aufgehört. Immer wieder kommt es zu Teilschicksen, die die Arbeiterbewegung schwächen, die aber offenbar nicht zu vermeiden sind.

in Genua eine Konferenz

zusammengerufen, an der außerdem die Soz. Partei und die C. G. L., die Gewerkschaften, der italienische Syndikalisten-Bund, der die revolutionären Syndikalisten vereinigt, und der kommunistisch-anarchistische Bund teilgenommen sollten.

Diese Konferenz war auf den 2. Juli verschoben worden. Als der in den ersten Tagen des Juli in Bologna zusammengetretene kommunistisch-anarchistische Kongress hörte, daß die Konferenz wiederum verschoben worden war, und dieses Mal auf unbestimmte Zeit, „angefächelt der gegenwärtigen politischen Lage“, wandte er sich heftig gegen diese neue Verschiebung.

Als Antwort auf einen Artikel der „Battaglia Sindicali“, dem Organ der C. G. L., der den kommunistisch-anarchistischen Bund angreift und sich bemüht, den von der C. G. L. gefassten Entschluß, wegen der auf dem kommunistisch-anarchistischen Kongress in Bologna durchgegangenen Anträge nicht mehr an der geplanten Konferenz teilzunehmen, zu rechtfertigen, schreibt Malatesta über seinen Standpunkt in der „Dumanite“ folgendes:

Wir wollen die siegreiche Revolution und lehnen folglich alle Revolten ab, die isoliert und somit ohnmächtig bleiben, ebenso, wie wir die Vergewaltigung von Kräften ablehnen, die besser ausgenutzt werden könnten in der entscheidenden Bewegung die aller Voraussicht nach nahe bevorsteht.

Über die Revolten brechen aus, ob sie uns gefallen oder nicht. Und es geschieht heute in Italien das, was immer

am Vorabend großer Revolutionen

geschehen ist: eine Reihe von Protesten, von Zusammenstößen mit der Herrschaft, von Angriffen gegen die Besitzenden, von Revolten, die immer häufiger und wichtiger werden und schließlich zur allgemeinen und entscheidenden Bewegung werden.

Als dieses beweist, daß von nun an die Revolution in Italien nicht mehr ein mehr oder weniger utopisches Ziel einer Gruppe oder einer Partei ist... die Masse des Volkes selbst verzichtet nicht länger.

Welches ist die Pflicht der bewußten Revolutionäre, welches ist die Pflicht der Sozialisten, der Anarchisten, der Republikaner angesichts einer solchen Lösung?

Wir raten den Arbeitern, sich vorzubereiten und sich bereit zu halten. Aber während man in der Vorbereitung etwas gewinnt, verliert man ebensoviel oder mehr bei jedem partiellen Mißerfolg und man läuft Gefahr, daß die Leute in die Wege werden und daß die ganze gegenwärtige Spannung sich in wenig wichtigen Bewegungen erschöpft.

Keine Partei kann handeln, wie das Oberkommando einer Armee handeln würde, die ihre Kräfte im Stillen vorbereitet und sie im gegebenen Augenblick alle zusammen in Aktion treten läßt. Die Bewegung immer auf später verschoben, ist heute ein Irrtum, der, was die praktischen Resultate angeht, einem Verrat gleichkommt.

Diese Frage der Gelegenheit, so schließt der Aufsatz von Resnais, ist in der Tat die wesentliche Frage der Aktion. Aber es gibt keine Theorie, welche den gegebenen Augenblick erkennen lehrt. Hier ist alles Frage des persönlichen Tastes.

Unruhen in Warschau.

Danzig, 4. August. Nach übereinstimmenden Aussagen polnischer Flüchtlinge, die in Massen in Danzig eintrifften, sollen in Warschau Unruhen ausgebrochen sein. Eine Bestätigung der Meldung liegt nicht vor.

Warschau in Gefahr.

Der Londoner „Daily Herald“ meldet aus Warschau, die Lage sei so kritisch geworden, daß die Hauptstadt nicht gehalten werden könne. Von Norden drängen die Russen mit allen Kräften und auch von Osten rücken feindliche Truppen heran.

Wie ein Berliner Mittagblatt hört, werden in Warschau entsprechende Vorbereitungen getroffen, daß der dortige deutsche Gesandte Graf Oberndorff und das Personal der Gesandtschaft die Stadt rechtzeitig verlassen können, wenn die Verhältnisse die Abreise erheischen. Auch der österreichische Gesandte ist zur Abreise bereit. Die französische und britische Militärmission haben Warschau verlassen.

Die „Morningpost“ meldet aus Warschau: Dombrowski ist an die Russen verloren gegangen. Russisches Artilleriefeuer liegt auf Przasnjz, das schon zum Vorgelände von Warschau gehört.

In britischen offiziellen Kreisen wird für den Fall, daß die Bolschewisten sich der Stadt Warschau bemächtigen und dort eine Sowjetregierung errichten sollten, die Errichtung einer Sicherheitswehrlinie um Polen herum, das vorläufig seinem Schicksal überlassen werden würde, ins Auge gefaßt.

Die Londoner Friedenskonferenz.

Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung auf drahtlosem Wege mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlangt, der Plan der Londoner Konferenz aufgegeben werden mußte.

Dasjynskis Bedingungen.

Kopenhagen, 4. August. Aus Warschau wird gemeldet: Nach einer Erklärung des Vizeministerpräsidenten Dasjynski werden die Polen bei den Waffenstillstandsverhandlungen an folgenden Bedingungen festhalten: Polen gestattet den Bolschewiki nicht die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Eine Entwaffnung findet nicht statt. Als Demarkationslinie wird man die von Lloyd George festgelegte betrachten, jedoch werden sich die Polen auch mit einer durch die Stellung der Truppen zur Zeit der Unterzeichnung der Übereinkunft markierten Linie einverstanden erklären. Als Hauptbedingung für den Friedensschluß bezeichnet der Minister die Unberührtheit des polnischen Staates, sowie das Selbstbestimmungsrecht der zwischen Polen und Rußland liegenden Länder. Ein Sowjetregiment in Polen sei unmöglich.

Die Aussagen Dasjynskis kennzeichnen die schamlose hinterhältige Rolle Dasjynskis gegenüber Sowjetrußland und gegenüber dem polnischen Proletariat.

Die Berliner Arbeiterschaft und das Zuchthausgesetz.

Die Berliner Arbeiterschaft demonstrierte am Mittwoch nachmittag in einer Miesentundgebung im Lustgarten gegen das Entwaffnungsgesetz mit seinen schändlichen Zuchthausbestimmungen. An der Kundgebung nahmen schätzungsweise 200000 Menschen teil. Sie verließ, abgesehen von einigen im Reime niedergeschlagenen spitzbüchigen Provolatariatsverfälschern, ohne Störung. Unsere Redner teilten mit, daß nicht nur sämtliche bürgerlichen Parteien, sondern neuerdings auch die Rechtssozialisten dem Schandgesetz ihre Zustimmung gegeben haben. Gestützt auf das Vertrauen des Proletariats erachteten unsere Vertreter es als ihre Pflicht, bei der dritten Lesung mit allen Mitteln zu versuchen, das Gesetz zu Fall zu bringen.

Klärung.

E. K. Anlässlich der 2. Konferenz der 3. Internationale kommen einige Differenzen innerhalb der Partei zur Sprache, die besser schon vorher ausgetragen worden wären. Selber war das aus allerlei Gründen nicht möglich. Der Kern dieser Differenzen bildet die Stellung einiger Genossen zur Internationale und zum Leipziger Aktionsprogramm (das einstimmig angenommen wurde). Die Resolution zur Internationale ist durch ein Kompromiß entstanden; inselgedessen blieb es einzelnen Genossen möglich, aus dem sonst nicht ganz übel bedrucktem Stück Papier besondere Auffassungen herauszulesen.

Es ist kein Wunder, daß der Antibolschewist Karl Kautsky in seiner Schreiberlei „Vergangenheit und Zukunft der Internationale“ für die rote Uebermalung der gelben gewordenen Karl Kautsky in der „Wiener Arbeiterzeitung“ gegen das Programm der eignen Partei arbeitet (also gegen die eigene Partei, da es ja einstimmig angenommen wurde). Das Wunder besteht nur darin, daß er noch der Partei angehört und daß das Organ des Zentralkomitees, die Berliner „Freiheit“, kaum ein paar Worte gegen solche Treibereien findet. Nicht merkwürdig mutet ferner die Parteigenossen an, daß eben diese „Freiheit“ im Verein mit der „Leipziger Volkszeitung“ jede Gelegenheit wahrnimmt, über Genossen herzufallen, die ganz entschiedene Gegner der reformistischen Anschauungen innerhalb der Partei sind.

Die Wähler sind vorüber und es ist notwendig, daß alle Parteigenossen sich mit diesen Problemen befassen, daß man solche Differenzen weder totschweigt, noch den Entscheidungen von Führern vorbehält. Gewiß war das bisher wohl nicht beabsichtigt, aber es wäre zweckdienlich gewesen, wenn seitens der leitenden Blätter diese Fragen ein wenig deutlicher und klarer herausgearbeitet worden wären. Wir sind keine Kleinbürgerpartei und dürfen deshalb interne Angelegenheiten (hinter verschlossenen Türen) nicht kennen. Wir sind als Partei eine Kampforganisation des Proletariats und alle unsere Fragen gehen nicht nur die unabhängigen Arbeiter, sondern alle Arbeiter an.

Deshalb ist es nun, da die 2. Konferenz der proletarischen Internationale einzelne Fragen zur Sprache bringt, an der Zeit, daß Diskussionen darüber in den Mitgliedschaften stattfinden, daß alle Mitglieder der Partei sich Klarheit verschaffen. Diese Fragen sind in ihrer Bedeutung noch immer nicht restlos erfaßt worden. Die Einwendungen Benins gegen gewisse Schwächen in der U. S. P. D., die ja nicht nur von ihm, sondern auch von dem größten Teile der Parteigenossen selbst gemacht werden, müssen Gegenstand gründlicher Untersuchungen werden. Wir ersuchen alle Genossen, die dazu Grundfähliches und Klärendes zu sagen haben, in Versammlungen und Zuchtschriften Stellung zu nehmen.

Die erste Nummer der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ enthielt eine Polemik gegen Karl Kautsky. Er ist noch Mitglied der Partei, die nach einem dem seinen geradezu entgegengesetzten Programm zu arbeiten beschlossen hat. Seine Verdienste um das Proletariat geben einer proletarischen Partei kein Recht, ihn zu dulden, wenn er ihr und der Arbeiterschaft in geradezu verhängnisvoller Weise Schaden zufügt. Es handelt sich ja nicht um den Menschen Kautsky, sondern um den Politiker. Aber leider gibt es noch eine Reihe einflussreicher Genossen, die in der Frage der Kautskidiktatur noch recht kautskyanisch-kleinbürgerliche Auffassungen vertreten. Praktisch wirkt sich das besonders in der Tätigkeit in den politischen Arbeiterräten aus, die wenig unterstützt werden, denen in unvollkommener Weise Material zugeführt wird, für die annehmbare einheitliche Parolen selten sind. Sie kommen im übrigen stets von Zeitungen und Zuchtschriften des linken Flügels. Die eigentlichen Leitorgane lassen in dieser Hinsicht die Meinung aufkommen, als wären die politischen Räteprobleme untergeordneter Bedeutung. Selbstverständlich muß die Partei, sowohl die Räte wie die Gewerkschaftsorganisationen zu führen streben, genau so, wie sie die gesamte Arbeiterklasse zu führen streben muß. Aber es wird so wenig getan, daß in den einzelnen und unentschieden in den zurückgebliebenen Teilen des Reiches die örtlichen Organisationen sich selbst überlassen bleiben und inselgedessen verschiedenartig und mit verschiedenen Parolen wirken.

Infolge des Mangels an Entschiedenheit, mit dem das Leipziger Programm durchgeführt wird, ist es Pazifisten, Syndikalisten und Demokraten möglich geblieben, in der





